

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Schiene in die Zukunft führen – Deutsche Bahn AG neu aufstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bahnfahren sollte zuverlässig, sicher, angenehm und attraktiv sein. Aber die Deutsche Bahn befindet sich in der Krise. Unpünktlichkeit, kaputte Züge und Unzuverlässigkeit sind bei Zugreisen alltäglich. Mobilfunknutzer in Zügen erleben, dass Telefonieren, mobiles Arbeiten oder die Nutzung von digitalen Unterhaltungsangeboten häufig nur eingeschränkt möglich sind. Das Ziel, Bahnfahren attraktiv und auch aus Klimaschutzgründen zu einer echten Alternative zu anderen Verkehrsmitteln zu machen, droht vor diesem Hintergrund kläglich zu scheitern.

Ursachen für die Misere gibt es viele: Der Betrieb auf der Schiene ist notorisch überlastet, obwohl die angestrebte Verlagerung von anderen Verkehrsträgern auf die Schiene nicht erreicht wurde. Die Schieneninfrastruktur ist veraltet, weil die Deutsche Bahn die notwendigen Investitionen in den Aus-, Um- und Neubau der Schiene nicht getätigt hat. Dabei hat sie vom Eigentümer Bund dafür viele Milliarden Euro erhalten, unter anderem über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen I bis III und das 1000 Bahnhöfe-Programm. Der Wettbewerb auf der Schiene lässt zu wünschen übrig, obwohl die Rahmenbedingungen hierfür erleichtert wurden. So liegt der Anteil von Wettbewerbern der DB im Fernverkehr bei unter fünf Prozent. Die Digitalisierung der Schieneninfrastruktur geht viel zu langsam voran.

Deshalb ist klar: Bei der Deutschen Bahn kann es nicht so weitergehen, wie es momentan läuft. Es braucht einen echten Quantensprung. Dies wird auch von der Monopolkommission und vom Bundesrechnungshof, die die Bundesregierung in Wettbewerbs- und Haushaltsfragen beraten, gefordert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

1. eine grundlegende, strukturelle und organisatorische Neuaufstellung der Deutschen Bahn auf den Weg zu bringen und dabei
 - a. den Infrastrukturbereich aus DB Netz, DB Station und Service sowie DB Energie vollständig vom Transportbereich zu trennen,
 - b. den neuen Infrastrukturbereich in eine bundeseigene, weisungsgebundene Schieneninfrastruktur GmbH des Bundes zu überführen und hier auch die digitale Infrastruktur wie den DB Navigator einzubeziehen,
 - c. die Holding der DB aufzulösen und die bisherige DB-Struktur mit 740 Beteiligungen und Tochtergesellschaften zu entflechten,

- d. eine strikte Umsetzung der Vorgaben des Bundes bei Aus-, Neu und Umbau der Infrastruktur sicherzustellen und dazu dem Bundesminister für Digitales und Verkehr durch die Trennung von Infrastruktur und Verkehr einen stärkeren Zugriff und die Verantwortung für Aus-, Neu- und Umbau der Infrastruktur zu geben, sowie
 - e. eine Eigentümerstrategie des Bundes vorzulegen;
2. sicherzustellen, dass die Mittel für die Schiene bei den Projekten ankommen, die Finanzierung der Schieneninfrastruktur transparent zu regeln und zur Finanzierung der Schieneninfrastruktur vornehmlich Mittel aus dem Bundeshaushalt zu verwenden, ergänzt durch Trassenentgelte, die für die Nutzung der Schieneninfrastruktur erhoben werden;
 3. die Schulden der DB im Infrastrukturbereich strukturlogisch in das Bundeseisenbahnvermögen zu übertragen;
 4. DB Schenker als international tätigen Logistikdienstleister aus strategischen Erwägungen nicht vorschnell zu privatisieren;
 5. die Strukturreformen mit weiteren Maßnahmen zu unterstützen und dazu
 - a. den Schienengüterverkehr zu stärken,
 - b. das in der letzten Legislatur aufgesetzte Programm zur Digitalisierung der Schiene zügig umzusetzen,
 - c. den von der unionsgeführten Bundesregierung auf den Weg gebrachten Deutschlandtakt umzusetzen,
 - d. die Eisenbahnverkehrsunternehmen durch ein Anreiz- und Anforderungssystem, das die Trassenentgelte nach Digitalisierungsgrad staffelt, zu ermuntern, ihren Beitrag zur Durchdigitalisierung der Schiene zu leisten,
 - e. Anstrengungen zur Gewinnung von gut ausgebildeten und ausreichenden Fachkräften zu verstärken und für eine attraktive und praxisnahe Ausbildung zu sorgen,
 - f. Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Berlin, den 20. Juni 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion